

dieser Bestimmung um so mehr festhalten müsse, als dahin-
gehende Bestimmungen in allen Schulgesetzen Deutschlands
aufgenommen seien. Trotzdem wurde die Entscheidung dieser
Bestimmung gegen die Stimmen der Konservativen und des
Abg. Dr. Kretschmer (nlt.) beschlossen. Weiter wurde auch
die Bestimmung, daß der Weisliche in den hiesigen
Schulratsstellen Mitglied sein soll, mit 10 gegen
7 Stimmen zu freieren beschlossen. Ebenso wurde gegen
das dringende Abtragen der Regierung die Konfession-
nelle Gestaltung der Hilfskassen durch die aus
den liberalen und sozialdemokratischen Stimmen bestehende
Mehrheit abgelehnt, wohl aber ein Antrag Vange (Soz.)
über den Religionsunterricht von Dissidentenkindern mit
10 gegen 7 Stimmen angenommen. Die Anträge Ullig
(Soz.) auf Zuspaltung von Schulkindern und die
Einrichtung von Fürsorgeveranaltungen für
schulpflichtige Kinder riefen eine eingehende Debatte
hervor, wurden aber dann gegen die Stimmen der Frei-
willigen, Sozialdemokraten und des Abg. Dr. Köppl ab-
gelehnt, nachdem auch die Regierung bei aller Anerkennung
der diesen Anträgen zu Grunde liegenden Absichten, die Auf-
nahme in das Gesetz widerraten hatte. — In der nächsten
Sitzung am Dienstag soll die Feststellung der bisherigen
Ergebnisse der Beratungen und Beschlüsse fest-
gestellt werden. Schließlich ist in teilweiser Abfertigung des Ver-
trages über die Sitzung vom Mittwoch folgendes festzuhalten:
Ministerpräsident Dr. Beth hat bei der Beratung der An-
träge Dr. Zepferts über die Einrichtung des Religionsunter-
richts sich nicht dahin geäußert, es könne nach diesem An-
trage in Anlehnung an die Zwischener Beschlüsse der Religions-
unterrichts schließlich selbst durch arbeitliche Lehrer erteilt
werden, vielmehr hat er erklärt, daß der Religionsunterricht
nach den objektiven Normen der betreffenden Religions-
gemeinschaft zu erteilen sei. Zur Begründung der Not-
wendigkeit, einen subjektiven Religionsunterricht auszu-
scheiden, hat sich Minister Beth lediglich referierend auf eine
Bemerkung der „Leipziger Lehrerzeitung“ bezogen, nach der
bei dem Ziele, Jesus im Kinde lebendig zu erhalten, jeder
zukommen könne, sei er nun protestantisch oder atheistisch,
sofern er nur idealistisch ist.

Die **Sächsische kirchliche Konferenz** hielt am Mittwoch
in Chemnitz ihre Herbsttagung ab, die außerordentlich
gut besucht war. Nach Beginn und Begrüßungsansprache
durch Herrn Superintendenten Köber-Vina hielt Herr
Professor D. Guntel-Gleichen einen Vortrag über „Die
Sagenvermittlung in der altkirchlichen Predigt“. Dem
Redner wurde für seine Ausführungen lebhafter Beifall
gezollt. Darauf sprach Herr Pastor H. K. Kautmann
aus Köhlitz-Ohrenberg über den Rückgang der Abend-
mahlziffer. Er führte u. a. etwa folgendes aus: Seit
Anfang des 18. Jahrhunderts zeigte sich eine ständig wachsende
Abnahme des Abendmahlbesuches. Um 1700 wurde der-
selbe auf 25 bis 27 Prozent geschätzt. Nach dem letzten
konfessionellen Bericht von 1910 beträgt er 36,8 Prozent der
evangelisch-lutherischen Bevölkerung. Die Knappheit des
Abendmahls habe ganz bedeutend abgenommen. Zur
Hebung des Abendmahlbesuchs sei nötig: eine gründliche
Auffklärung über den eigentlichen Sinn und Wert des Abend-
mahls in Unterricht und Predigt (besondere Abendmahlis-
predigten), Verkürzung der Abendmahlfeier und Fest-
legung derselben auf wenige bestimmte Tage im Jahre zur
Schaffung einer neuen Abendmahlfeier (zum Beispiel Jugend-, Alters-,
Konfirmations-, Konfirmations-, Verkürzung des Abendmahls
zum Hauptgottesdienst als besondere Feier auf den Abend, Aus-
bildung der Kinder zu einem Mahl der Freude. Auch diesem
Redner wurde großer Beifall gezollt. Eine lange Debatte
schloß sich den Vorträgen an.

Der Bund der Landwirte zu den Zenerungsmaßnahmen der Regierung.

Der Vorstand des Bundes der Landwirte veröffent-
licht in der „Deutschen Tageszeitung“ eine Erklärung, in der
er sich sehr scharf gegen die Maßnahmen der Regierung zur
Beseitigung der Zenerung wendet. Zunächst wird an
die Erklärung des Reichsanwalts in der Reichstags-Sitzung
vom 23. Oktober 1911 erinnert, die in folgenden Sätzen
abfalle:

Die Aufhebung der Bülle, ihre Suspension, die Less-
nung der Grenzen für Vieh und Fleisch werden uns doch
zu keinem anderen Zwecke anempfehlen, als um die Grund-
lagen unserer Wirtschaftspolitik zu befestigen.

Diesen Anträgen gegen unsere Wirtschaftspolitik
werden die Regierungen bis heute einen entschiedenen
Widerstand leisten. Die ich wiederholt von dieser Stelle
aus erklärt habe, ist für die verbündeten Regierungen das
sich und entscheidende Festhalten an unserer Wirtschaft-
spolitik Sache wohlgegründeter Überzeugung.

Grundsätzlich haben die verbündeten Regierungen
bisher stets den Standpunkt vertreten, daß die Suspension
sehr leicht der Anfang der Zollaufhebung ist, und daß die
Zollaufhebung deshalb in einem Lande, das den Zollschutz
für zweckmäßig und notwendig hält, ein außerordentlich
gefährliches Experiment ist.

Diese Grundsätze sind nach der Meinung des Bundes
der Landwirte durchbrochen und eine verhängnisvolle
Minderung des Vertrauens der deutschen Landwirtschaft
zur künftigen Staatsregierung“ werde die Folge sein.
Dann heißt es wörtlich: Welche härtere Preisgabe des
Grenzschutzes gegen die Gefahr der Zenerungslösung
kann man sich denken, als die gewählten Einfuhrerlei-
derungen, so insbesondere Rußland und den Balkanstaaten
gegenüber? Die diesen Ländern gegenüber bestehenden
Einfuhrbeschränkungen und Verbote hatten ihren wesent-
lichen Grund nicht in den veterinären und sanitären Ver-
hältnissen dieser Staaten. Wird dieser Grund, der seit
Jahren als zureichend und inhaltlich anerkannt war, nun
mit einem Male hinsichtlich durch die entschlossene, demo-
nische und unparlamentarische Agitation der Demokratie
in Wort und Schrift? Mannt man die innere Kolonisation
und die Kultur der Feldbauflächen durchzuführen zu können,
wenn man die wirtschaftlichen Vorbedingungen beider be-
seitigt? Nicht innere Kolonisation um jeden Preis! Nur
wirtschaftlich gesunde innere Kolonisation können wir er-
reichten, und niemand kann Millionen in die Kultur der
Feldbauflächen stecken, wenn die Rentabilität der Aufwendun-
gen von vornherein ausgeschlossen ist. Vertrauen in die
Stetigkeit unserer Wirtschaftspolitik ist unerlässliche Vor-
bedingung für einen erfolgreichen Betrieb der deutschen
Wirtschaft.

Wie hat sich die deutsche Landwirtschaft
nunmehr zu den Maßnahmen der künftigen
Staatsregierung zu stellen? Ihre erste
Aufgabe ist es, sich ohne Illusionen die tatsächliche Lage
klar zu machen. Wir weisen politisch Schritte für
Schritt vor der Demokratie zurück; wir befinden
uns wirtschaftlich auf dem Wege zur zweiten Acta Caprioli
mit dem einzigen Unterschiede, daß man in der ersten den
Landwirten wenigstens schroff den Rat gab, abzuschießen,
während man jetzt mit wohlwollenden Worten die deutsche
Landwirtschaft zu begünstigen sucht. — Es ist nicht die
deutsche Landwirtschaft, sondern die Welt. Auch jetzt
werden sie alles daran setzen, um in anstandsloser, rascher
Arbeit das Neueste zu leisten. Aber wenn wiederum
mit der Zenerung in unserer Wirtschaft-
politik neue Jahre schweren Verluste uns auf-
zuerlegen versucht wird, so ist es die Pflicht der
Landwirte, im Interesse der Gesamtheit sich mit
allen gesetzlichen Mitteln zu wehren und zu weh-
ren. Daß die deutsche Landwirtschaft erhalten und ge-
sichert werden muß, nicht um ihrer selbst willen, sondern

im Interesse unseres gesamten Volkes und Vaterlandes,
sollte soweit Gemeinart aller einheitsvollen Deutschen ge-
worden sein, daß jeder Anwalt rücksichtslos zurück-
gewiesen werden müßte. Wird hierin gefehlt, so ist erneut
auf politischem Gebiet der schwere Kampf eröffnet für die
Erhaltung und, wie es sich jetzt zeigt, für die Wiederher-
stellung der nationalen Wirtschaftspolitik, die Deutschland
wirtschaftlich groß gemacht hat. Die erste Handlung, welche
die Weisheit lehrt, ist die gefährlichste. Bei der Land-
wirtschaft führt die Abhängigkeit an, bei der
Industrie führt sie auf. Betroffen wird von ihr
das gesamte Volk und am schwersten die gesamte
arbeitende Bevölkerung durch das Ein-
schrumpfen der Arbeitsmöglichkeiten. Dieser
Kampf ist zu führen gegen alle offenen und versteckten
Feinde der bisherigen Deutschland günstigen und not-
wendigen nationalen Wirtschaftspolitik unter Ausschüttelung
der lauen und unzuverlässigen Elemente. Jede Weisung
hat ihre Grenze, und wenn der Landwirtschaft kein Erfolg
beschieden sein sollte, wenn dann die unheilvolle Wirkung
für das ganze Volk eintritt, wie wir sie in England sehen
und in der Geschichte des alten Rom, dann wird die Ver-
antwortung diejenigen treffen, denen die Entschlossenheit
gefehlt hat, dem westindischen und einseitigen Ver-
langen einer demokratischen Debatte, die sich auf die Länge
aufbaut, mit der Wahrheit redlich entgegenzutreten. Noch
lassen wir die Hoffnung nicht sinken, daß die deutsche Land-
wirtschaft in diesem Kampfe schließlich siegt. Denn nur auf
ihre gesicherten Erträge und auf der von ihr vertretenen
Weltanschauung beruht die Zukunft unseres Volkes und
unseres Vaterlandes.

Tagesgeschichte.

Bundesratsvorlage über neue Erinnerungsmünzen.

Wie wir hören, wird bei dem zukünftigen Reichsrecht
eine Bundesratsvorlage vorbereitet, die sich
mit der Prägung von Erinnerungsmünzen für das Jahr
1913 befaßt. Es ist ein besonderer Bundesratsbeschluss für
die Prägung dieser Münzen notwendig, da dieselben wesent-
liche Veränderungen der gesetzlich festgelegten Anordnungen
aufweisen. Es handelt sich einmal um eine Erinnerungsmünze,
die aus Anlaß des 25. Regierungsjubiläums aus-
gegeben wird, einen besonderen Hinweis auf diese
Feier enthalten soll und daher Abweichungen von der bis-
herigen Prägung aufweisen wird. Voraussetzungen werden
die Dreimarkstücke als Münzen hierfür gewählt
werden. Welche Zahl zur Ausprägung gelangen wird, steht
zurzeit noch nicht fest, doch läßt sich annehmen, daß nicht
unter einer Million solcher Münzen in den
Verkehr gelangen sollen. Außer dieser Münze soll eine
Erinnerungsmünze zur 100jährigen Feier
der Erhebung Preußens gegen die französische Frem-
dherrschaft zur Ausgabe gelangen. Es ist beabsichtigt,
die Münze an dem Tage auszugeben, an dem der historische
Anlauf „An mein Volk“ geschah. Voraussetzungen werden für
diese Münze auch Dreimarkstücke gewählt werden, auf deren
einer Seite eine Abbildung der Szene zu sehen ist, die die
Volksbefreiung bei dem Bekanntwerden des Aufstiegs
darstellt. Abgegeben von diesen Denkmünzen, die durch den
Bundesrat genehmigt werden müssen, soll vom 25. Regie-
rungsjubiläum ab ein neues Kaiserbildnis auf
allen Münzen, die mit dem Bilde des Kaisers ver-
sehen sind, erscheinen. Der Kaiser hat diese Absicht vor
längerer Zeit bereits kundgegeben, und das Bildnis soll den
Monarchen in reifem Alter darstellen. Bisher ist eine
photographische Aufnahme des Kaisers als Muster für das
Bild noch nicht eingetroffen, so daß die Zeichnungen, die sich
mit dem näheren Aussehen des Kaisers beschäftigen, zunächst
als Kombinationen anzusehen sind. Eine besondere Ge-
nehmigung des Bundesrats für das neue Münzenbildnis
ist nicht notwendig, da es die Anordnungen der Münzen
nicht berührt. Ferner wird noch eine besondere Den-
kmünze aus Anlaß des Regierungsjubiläums erscheinen,
deren Anordnung und Ausgabe Sache des preussischen Staats-
ministeriums ist. Es handelt sich um die Prägung einer am
Bande zu tragenden Denkmünze für Staatsbeamte, Offi-
ziere, Unteroffiziere, Mannschaften des Heeres und der
Marine, sowie für Personen, die zum preussischen Königs-
haus in besonderen Beziehungen stehen. Es ist Stimmung
dafür vorhanden, daß die Denkmünze eine längliche Form
aufweisen, mit dem plattlich hervortretenden Bildnis des
Kaisers und aus Bronze hergestellt sein soll.

Ein Sieg der deutschen Kriegsschiffbau-Industrie.

Einen großen Erfolg hat neuerdings die deutsche In-
dustrie im Kriegsschiffbau zu verzeichnen, und zwar einen
vollkommenen Sieg über den so gern vor-
herrschenden englischen Schiffbau und über die
französischen Werften. Von den 12 Torpedo-
kreuzern, die die argentinische Regierung Anfang 1910
gleichmäßig an deutsche, englische und französische Werften
vergab, sind die deutschen Schiffe bereits seit Monaten in
die argentinische Flotte eingetroffen, dagegen sind die eng-
lischen Kreuzer nunmehr endgültig abgelehnt, und die
französischen dürften über kurz oder lang dasselbe Schick-
sal teilen. Dazu schreibt die „Köln. Ztg.“: Es ist ja natür-
lich, daß jedes Land auf seine Hauptproduktion besonders
stolz ist. Die ungeheure Bekanntheit, die seit dem Einsetzen
des Dreadnoughtbaues für den englischen Schiffbau ge-
macht wurde, hat schließlich im Auslande die Ansicht ver-
breitet, als ob ein modernes mehrerklärtes Kriegsschiff
nur auf englischen Werften gebaut werden könne und die
neuen Schiffe der übrigen europäischen Staaten lediglich
Nachahmungen englischer Vorbilder darstellten. Die tat-
sächliche Überlegenheit einer Industrie festzustellen, ist
aber nur durch einen praktischen Vergleich möglich. An
einer günstigen Gelegenheit für einen solchen Vergleich hat
es bisher noch stets gefehlt, denn, wenn schon in verschiede-
nen Staaten gleichzeitig Schiffe desselben Typs bestellt wur-
den, so konnte doch nie von sonst gleichen Bedingungen ge-
sprochen werden. Die erwähnte argentinische Bestellung
bot zum ersten Male Gelegenheit zu einem richtig sach-
lichen Vergleich, da Abmessungen, Lieferfristen und Ab-
nahmebedingungen der bestellten Schiffe ganz gleich waren.
Der Vergleich machte um so interessanter sein, als es sich
um 5 Werften drei verschiedener Nationen handelte, und
zwar waren bei der Germania-Werft (Kiel), bei Schichau
(Ebing), bei P. & S. (Mantel), bei Dyle et Bacalan
(Nantes) je 2 Torpedokreuzer und bei Laird u. Co. (Bir-
kenhead) 4 Schiffe bestellt, so daß in jedem der drei
Staaten 4 Kreuzer gebaut wurden. Als einheitliche Liefer-
frist war die sehr kurze Zeit von 15 Monaten festgesetzt. Von
den sehr scharfen, für alle gleichen Lieferbedingungen ist
besonders eine sechsmonatige Volltrahtfahrt mit einer Fahr-
geschwindigkeit von 32 Seemeilen in der Stunde zu er-
wähnen. Die für alle Kreuzer genau gleiche Größe betrug
normal 1910 Tonnenn und maximal 1910 Tonnenn. Es war
vorausgesetzt, daß jede der beteiligten Werften ihre Kräfte
bis aufs äußerste anspannen würde, um in diesem scharfen
Konkurrenzkampf nicht zu unterliegen; es handelte sich für
diese im Torpedobootbau erfahrenen Werften um den
Auf ihrer Leistungsfähigkeit. Nachdem nun schon seit Mon-
aten die englischen und französischen Schiffe vergeblich einen
Versuch nach dem andern, sowie Venderungen ausgeführt
haben, sind die englischen Schiffe dieser Tage
endgültig abgelehnt worden, und wie die Zeitun-
gen melden, hat sich Griechenland in der Krieg-
not gekauft. In argentinischen Marinekreisen wird
darauf gedrängt, auch die französischen Schiffe,
ohne Rücksicht auf politische Beziehungen, abzulehnen;
eine Maßnahme, die für die beiden nicht besonders gut
hunderterten französischen Werften allerdings einen schweren
Schlag bedeuten wird. Dagegen haben die deutschen Schiffe
in vorzüglicher Form alle Vertragsbedingungen nicht nur
erfüllt, sondern zum Teil sogar überboten, z. B. bei der

Schnellfahrtsprobe um den sehr erheblichen Betrag von
4½ Knoten, und die Anerkennungen der amtlichen und
nichtamtlichen argentinischen Kreise über diese neuen Schiffe
sind unumstößliche Tatsachen von großer Bedeutung. Der
Erfolg war für den deutschen Schiffbau glänzend.

Ein neuer Aufruf des Deutschen Wehrvereins.

Die zweite Gesamtvorstandssitzung des Deutschen
Wehrvereins, zu der aus allen Gegenden Deutschlands
Vertreter erschienen waren, hat einen neuen Aufruf be-
schlossen. In dem Aufruf heißt es zum Schluß: „Wir
Deutschen sind das Volk der Mitte Europas. Schon
die Lage unserer Wohnstätte legt uns größeren Gefahren
aus, als sie irgendein anderes der führenden Völker des
Erdballes kennt. Wer das glaubt, daß wir uns in ihnen
behalten können ohne äußerliche Anspannung unserer
Kräfte, unseres gesamten geistlichen, politischen und
finanziellen, der ist im Irrtum. Die Ueberzeugungen, die
Stein und Andt, Schwarzhorn und Gneisenau, Kaiser
Wilhelm I., Moltke und Bismarck vertreten, sind
noch heute die reichste und reinste Quelle unbegrenzter,
opferwilliger Vaterlandsliebe. Indem wir sie betätigen,
leisten wir auch der Welt einen Dienst. Wer in dieser
Gesinnung mit uns einig ist — und jeder gute Deutsche muß
es sein — der trete dem Deutschen Wehrverein
bei. Er ist begründet, die Gesinnung zu pflegen und aus
ihre nötigen Maßnahmen für die Befestigung unseres
Seeressens zu ziehen, die durch die letzte Seerechtsfrage
leider nicht in dem Umfang gezogen worden sind, wie es
schwerwiegenden militärischen und politischen Gründen
gehobert erscheint. Der Ernst der Gegenwart fordert
gebieterisch, das Verstumme nachzuholen.“

Der spanisch-französische Marokkovertrag.

Dem „Imparcial“ zufolge soll der französisch-
spanische Marokkovertrag nicht sofort, sondern
erst nach Regelung der Frage der Internationali-
sierung von Tanger unterzeichnet werden.

Ein japanischer Freundschaftsdiener.

Die „Times“ melden, daß die japanische Regierung die
weitere Veröffentlichung einer aufzählenden indischen
Monatschrift, die in Japan herausgegeben wird und die
unter den indischen Studenten in Japan und in verschiede-
nen mohammedanischen Ländern verbreitet wurde, unter-
sagt hat.

Deutsches Reich. Die Bürgerschaft Hamburgs
genehmigte den Senatsantrag betreffend den Anschluß der
Landgemeinden Großhorst, Althorst, Ohlsdorf, Fuhls-
büttel, Kleinhorst, sowie eines Teiles von Billwärder
an die Stadt Hamburg.

China. Das Nationalfest zur Erinnerung
an die Revolution ist unter großer Beteiligung aller
Parteien programmäßig verlaufen. Es wurden für die
Gefallenen Opfer gebracht. Weiter fanden eine Parade und
Empfang bei Quanshikhai statt. Viele Fremde waren zu den
Feiern eingeladen. Das diplomatische Korps blieb
indessen den Veranstaltungen fern.

Während des Druckes nachts eingegangene Neueste Drahtmeldungen

Köln. (Priv.-Tel.) Die Regierung in Düsseldorf hat
die Vertreter der größten Städte des Bezirks zu einer
Konferenz eingeladen, um über die Einfuhr von Vieh
aus Holland zu beraten. Es wurde beschlossen, daß alle
Städte gemeinsam den Bezug von Vieh in die Wege setzen.
Auch die Stadt Köln hat beantragt, die Einfuhr lebenden
Viehs aus Holland zu genehmigen. Eine Kommission aus
der Rheinprovinz bereitet zurzeit Rußland zum Zwecke
des Ankaufs von Vieh. Die preussische Regierung hat die
Durchführung von 150 holländischen Oxfen nach Karlsruhe aus
formellen Gründen abgelehnt. Die badische Regierung
hat Beschwerde hiergegen erhoben.

Magdeburg. (Priv.-Tel.) Als der Stadtverordnete
Krause in auf der Heimfahrt von einem Raadusflug
einem Mitreisenden Platz machen wollte, entließ sich
sein Gewehr. Der Schuß drang ihm ins Herz, so daß
der Tod sofort eintrat.

Wien. (Priv.-Tel.) Die von der österreichischen Regie-
rung angeforderten Militärkredite betragen nach einer
Mitteilung der „Köln. Ztg.“ 210 Millionen, also halb so
viel, als man annahm. Die Summe soll auf drei Jahre
verteilt werden. Der Finanzminister holte heute die kaiser-
liche Genehmigung ein. Die Vorlage wird morgen ein-
gebracht.

London. In der heutigen Sitzung des Unterhauses
beantwortete der Staatssekretär des Neuen Sir Edward
Gren eine Anfrage, ob bei der türkischen Regierung wegen
der Zurückhaltung arabischer Schiffe, die mit
Getreide nach Häfen des Mittelmeeres, des Kontinents und
Englands bestimmt waren, Vorstellungen erhoben wor-
den seien und ob ein solches Zurückhalten vor der Kriegs-
erklärung mit den Grundsätzen des Völkerrechts nicht in
Widerspruch stehe. Er erklärte, der britische Vorkäufer in
Konstantinopel sei angewiesen worden, der Türkei auszu-
sagen, daß nach der Auffassung Englands das Zurück-
halten dieser Schiffe durch das Völkerrecht nicht ge-
rechtfertigt werde und daß, soweit Interessen englischer
Untertanen berührt würden, England sich alle Rechte vorbe-
halten müsse. Auf eine weitere Anfrage erklärte der Staats-
sekretär Sir Edward Gren, die britische Regierung habe
die Türkei stets ermahnt, ihre Absicht, Reformen in die
Verwaltung der europäischen Türkei einzuführen, zu ver-
wirklichen, aber die Lage habe bisher keine Gelegenheit
geboden, die Reformen im einzelnen zu erörtern. Was die
Frage betreffe, ob die Vorstellungen in Konstantinopel
identisch sein sollten, oder ob ein Kollektivschritt zu unter-
nehmen sei, so sei dies einer der unwichtigsten Punkte, die
tatsächlich erörtert wurden. Wir schlugen identische Vor-
stellungen vor, stimmten aber mit Rücksicht auf die Ansichten
der anderen Mächte dem Kollektivschritt zu. Wir waren
auch mit den näheren Bedingungen einverstanden, unter
denen vorgeschlagen war, diesen Schritt zu unternehmen,
und der britische Vorkäufer wurde vor einigen Tagen er-
mächtigt, sich den gemeinsamen Vorstellungen anzu-
schließen, sobald auch seine Kollegen ihre
Weisungen erhalten hätten.

Konstantinopel. Das Finanzministerium beschloß sich
mit der Frage eines Moratoriums. Aus allen Städten
Nordafrikas treffen Nachrichten ein über patriotische
Kundgebungen der Libanesen, die schwören, sie
würden die Feindseligkeiten einstellen, um für die
Türkei zu kämpfen.

Archangel. Ein Bion hat im Weißen Meer
viele Segelschiffe beschädigt. Im Golf von Onga treiben
von der Besatzung verlassene Wracks.

Newport. (Priv.-Tel.) Die Zeitungen melden, daß die
Türkei eine Kriech in Höhe von 50 Millionen
Dollar abschließen werde.

Frankfurt a. M. (Schluß abends.) Kredit 102%. Diskonto
104%. Dresdner Bank 102%. Staatsbahn 150%. Lombarden
104%. Jekt.

Paris. (3 Uhr nachmittags.) 3% Rente 89,42%. Italiener
90,25. 4% Portugiesen 64,55. Spanier 91,15. 4% Türken unft.
82,70. Türkenloje 102. Lombarden 112. Ottomankonf. 62. 6%.